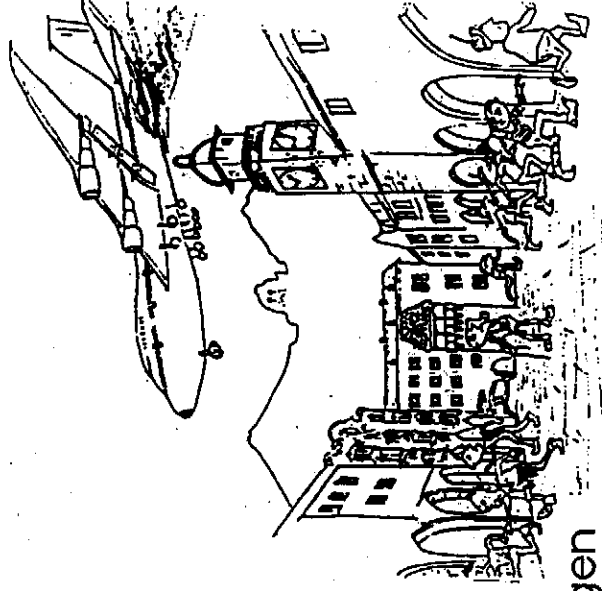


Verein

# Schutzgemeinschaft

zur Verminderung schädlicher Auswirkungen  
des Innsbrucker Flughafens

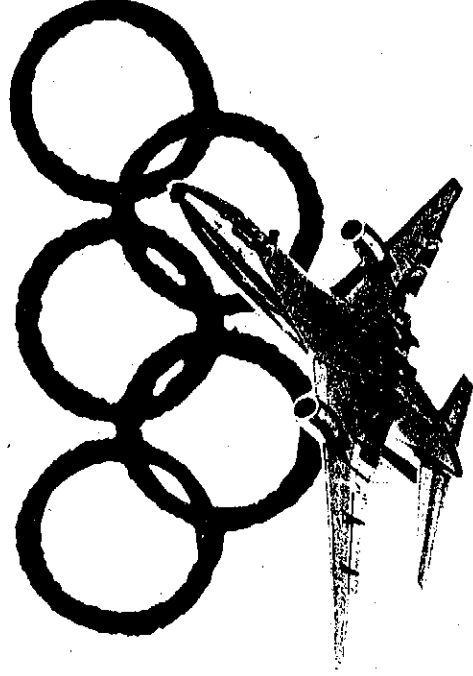


Nr. 19

Information 3/1993

## OLYMPIA: 100 Millionen für weiteren Flughafenbau!

Für den Ausbau bediente man sich bisher eifrig des Arguments der "Sicherheit". Nun fordert Flughafendirektor Jilg zu den laut Rechnungshofbericht für 1991-1995 vorgesehenen 211 Millionen Schilling an Investitionen zusätzliche 100 Millionen, um die An- und Abflughalle für die Olympischen Spiele zu erweitern. 50 Millionen will der Flughafen selbst aufbringen, und 50 Millionen hätten wieder die Steuerzahler zu tragen: Der Flughafen - ein Faß ohne Boden!



Auch wenn die Olympischen Spiele keinen finanziellen Verlust bringen sollten: Ein "Ja" zu diesen Spielen bei der Volksbefragung am 17. Oktober bringt den Bewohnern im Raume Innsbruck auf jeden Fall einen drastischen Verlust an Lebensqualität durch eine nicht absehbare zusätzliche Steigerung des Flugverkehrs. Kommt auch noch das Olympische Dorf in Innsbruck-West?

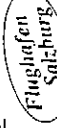
**Die Innverlegung** und die Erweiterung des Pistenvorfeldes sind in Vorbereitung. Aus zuverlässiger Quelle wissen wir, daß die Pläne fertig sind und die Vermessungsarbeiten bereits durchgeführt wurden. Natürlich soll die Innverlegung für die Bevölkerung - immer nach der gleichen Methode - zuckersüß verpackt werden, in diesem Falle als Freizeit-Park mit Bade-Anlage. Man will die Bevölkerung einlullen und für diese Idee positiv stimmen (Parallel-Fall Olympia). Letztendlich will man die Bevölkerung für dumm verkaufen. Es ist anzunehmen, daß nur noch die nächsten Wahlen abgewartet werden, um dann das angestrebte Vorhaben auszuführen - vielleicht wieder ohne vorherige Bauverhandlung wie jüngst bei den 120 zusätzlichen Parkplätzen - weil die Flughafenbetreiber laut Jilg wieder einmal "unter Zeitdruck" stehen.

Derzeit ist die Verlängerung der Anflugbefahrung bis in die Innenstadt im Gange. Die betroffenen Hausbesitzer wurden von der Flughafenbetriebsgesellschaft aufgefordert, innerhalb von 10 Tagen (!) die beiliegende Zustimmungserklärung zurückzusenden, ansonsten drohe gemäß Luftfahrtgesetz die Einräumung von Zwangsrechten. Die kurze Frist wurde damit begründet, daß der Flughafendirektor die neue Anlage im Herbst 1993 in Auftrag geben müßte. Der diesbezügliche Bescheid der obersten Luftfahrtbehörde an den Flughafen erging jedoch bereits am 12.8.1992.

## Erweiterung der Lärmbeßanlage

Das Ansuchen von Stadt und Land um einen dritten Messpunkt in Allerheiligenhöfe wurde von der Flughafenbetriebsgesellschaft vor kurzem abgelehnt. In Salzburg gibt es seit vielen Jahren 5 Meßstellen, und weitere sind beschlossen bzw. schon errichtet.

Dem Kontrollbericht der Stadt ist zu entnehmen, daß diese ihre Gewinnanteile am Gewinn der Flughafenbetriebsgesellschaft im Topf der Flughafenbetriebsgesellschaft beläßt. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß auch das Land Tirol auf seine Gewinnanteile verzichtet. Wenn es den Politikern ein ernstes Bedürfnis wäre, etwas für die betroffene Bevölkerung zu tun, wäre es doch naheliegend, die von Jahr zu Jahr steigenden Gewinne aus dem Topf der Flughafenbetriebsgesellschaft zu entnehmen und diese für die Erweiterung der Lärmbeßanlage, Schallschutzfenster für schwer Betroffene usw. zu verwenden, anstatt sich untertänigst als Bittsteller zu gebärden. Der Ausbau des Flughafens ist für die Politiker wichtiger als die Lebensqualität der Bürger.



## Trotz Rückgang weiter in

In Salzburg läuft es anders, weil einerseits die Flughafenbetriebsgesellschaft offen-sichtlich an einem guten Verhältnis mit den Anrainern interessiert ist, und andererseits auch bei den Politikern die Bürger einen höheren Stellenwert haben als in Tirol.

## Umweltschutz investiert

Wenn ökologische und ökonomische Interessen aufeinanderprallen, bleibt zumeist die Ökologie auf der Strecke. Auf dem Salzburger Flughafen sieht dies jedoch anders aus. Hier wird ein Rückgang der Passagierzahlen zugunsten von ökologischen Maßnahmen in Kauf genommen.

Umweltschutzmaßnahmen müssen andererseits aber auch finanziert werden. Der Salzbur-

Die Ausgaben für den Umweltschutz, wie auch die Tatsache, daß seit dem Jahr 1990 weniger Maschinen den Salzburger Flughafen anfliegen (wegen der Lärmverordnung) zogen selbstverständlich eine Verminderung des Betriebsergebnisses nach sich. Rücklagen mußten aufgelöst werden, um zumindest einen Teil des Verlustes aufzufangen. Trotzdem bleibt das Flughafenmanagement dabei, den eingeschlagenen Weg zum Wohle der Bevölkerung beizubehalten.

Salzburger Fenster 12/1993

## Triebwerksprobeläufe

Wenig Einsicht zeigten Tyrolean Airways, das Verkehrsministerium, aber auch diverse Stadt- und Landespolitiker, die sehr bald ihren "Rückzug" angetreten und sich von ihren eigenen Anträgen wieder distanziert haben. Bürgermeister Niescher befürwortet die nächsten Probeläufe deshalb, weil sie unter anderem "vorgeschrieben" sind. Frage an den Herrn Bürgermeister: Wo steht denn geschrieben, daß diese Probeläufe in der Nacht durchgeführt werden müssen?? Aufgrund einer Empfehlung von Bürgermeister Niescher sollen Probeläufe möglichst bis Null Uhr bzw. ab 5 Uhr durchgeführt werden. - Eine Folge der zu langen Betriebszeit! Damit gesteht er seinen Bürgern eine Nachtruhe von nur 5 Stunden zu! Direktor Feitl von Tyrolean Airways will jedoch sogar in dieser Zeit zwischen Null und 5 Uhr in "besonderen Fällen" Probeläufe durchführen.

Dies hat dazu geführt, daß wir nicht nur die Bundesvolksanwaltschaft eingeschaltet haben, sondern auch Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wegen gesundheitsschädigender Störungen der Nachtruhe durch Triebwerksprobeläufe erstattet haben. Die Nächte sind inzwischen ruhiger geworden, Beschwerden gibt es aber noch immer. Auch der Lärm von Probeläufen untertags wird von Anrainern als starke Störung empfunden.

Für die vorliegende Nummer 19 erhielten wir von der Grünen Bildungswerkstatt einen Druckkostenbeitrag. Alle im Parlament vertretenen Parteien erhalten Bildungsgelder (Steuerfelder), die Grün-Alternativen geben einen Teil dieser Gelder an Bürgerinitiativen weiter. Diesmal waren wir die Remünstigsten. Wir danken für diese Unterstützung.

## Auch Lärm, der uns nicht weckt, stört unseren Schlaf

Berlin. - Auch nächtlicher Lärm, der den Menschen nicht aus dem Schlaf weckt, beeinträchtigt den Erholungswert der Nachtruhe. Das ergab eine Studie der Universität Berlin.

Dabei wurde im Körper von Testpersonen, die nachts Lärm ausgesetzt waren, am Morgen eine stark erhöhte Menge des Stresshormons Adrenalin festgestellt. Das erklärt, warum Menschen sich oft „wie gerädert“ fühlen, auch wenn sie nachts

störungsfrei durchgeschlafen haben.

Eine holländische Studie ergab, daß Männer besser als Frauen schlafen. Von 9000 Befragten gaben 83 Prozent der Männer, aber nur 71 Prozent der Frauen an, sie hätten eine gute Nachtruhe. 86 Prozent der Testpersonen erklärten, pro Nacht weniger als fünf Stunden zu schlafen. 15 Prozent der Männer und 20 Prozent der Frauen fühlen sich am Morgen häufig unausgeschlafen.



"Krone" 28.6.1993

## Kein Gehör gefunden! Politikerarroganz unüberbietbar!

Die rund 1400 Mitglieder und Förderer unserer Schutzgemeinschaft bemühen sich seit Jahren um ein akzeptables Miteinander von Flughäfen und betroffenen Bürgern. Wir müssen jedoch immer wieder feststellen, daß von einer "Volksvertretung" nicht die Rede sein kann.

Im Interesse aller Betroffenen fordern wir jedoch weiterhin:

- 1) Einschränkung des motorisierten Sportflugverkehrs  
Rund 4300 Unterschriften wurden bisher von den Politikern ignoriert. Ein Universitäts-Professor hat errechnet, daß der Lärm der Hobby-Flieger an Wochenenden 40 bis 60 Prozent des gesamten Fluglärms beträgt. In Deutschland gibt es seit rund 15 Jahren an zahlreichen Flugplätzen ein Flugverbot am Sonntag Nachmittag. In letzter Zeit erfolgen für Vergnügungs-Flieger auch zunehmend Wochenend-Flugverbote (wie LKW-Fahrverbot).
- 2) Beschränkung der Flugbewegungen:  
Laut Mitteilung des Bundeskanzleramtes an einen Flughafenrainer gibt es zum derzeitigen Stand der EG-Verhandlungen noch immer keinerlei Abmachungen über den Flugverkehr. Dies bedeutet, daß im Falle eines EG-Beitritts alle österreichischen Flughäfen von allen EG-Mitglieds-Staaten uneingeschränkt benützt werden können.
- 3) Keine Flugerlaubnis für laute und große Flugzeuge  
Der Ruf nach Verbot von Maschinen wie jene von AUA und Lauda Air wird immer lauter und häufiger! Spitzenpegel bis 103 dB sind ein Affront gegen die Bevölkerung!
- 4) Aussiedelung des Schulungsbetriebs  
Laut einer Studie von Frau Prof. Dr. Lang, erstellt im Auftrag des Verkehrsministeriums, sollte der Abstand zwischen Platzrunden und Wohnbebauung mindestens 2,5 km betragen. In Innsbruck finden die Platzrunden über den Hausdächern und vor den Fenstern der Bewohner statt. Dieser unerträgliche Zustand hätte längst abgestellt werden müssen.
- 5) Betriebszeit  
Trotz offensichtlicher Rücksichtnahme der meisten Tyrolean-Piloten auf die Anrainer wird der Lärm aufgrund der Frequenzsteigerung in den frühen Morgenstunden, insbesondere an Wochenenden, als äußerst störend empfunden. Zahlreiche Bürger klagen, daß man nicht einmal mehr an Wochenenden ausschlafen kann. Daher Rücknahme des Betriebsbeginns auf die ursprünglich beschlossene Zeit von 7 Uhr!

Obige Forderungen finden nicht nur bei unseren Mitgliedern, sondern darüber hinaus in einem viel größeren Kreis Zustimmung. Von den Politikern der drei großen Parteien gibt es jedoch kein Gehör und schon gar keine Unterstützung!



## Schlechte Noten für die Landespolitiker

Eine im Österreich-Vergleich überdurchschnittliche Politikverdrossenheit ergab eine Meinungsumfrage der OGM, die der Tiroler SP vorliegt. Erhalten die Tiroler Politiker die (Schul)note 3, gibt es bundesweit eine gute 2 für Landespolitiker. Für Landesparteiobmann Hans Tanzer ein klarer Hinweis. Inhalte nun intensiver zu vertreiben.

"Krone" 7.8.1993

## Bürger, wehrt Euch!

Um Ihre Interessen durchsetzen zu können, benötigen wir nicht nur Ihre finanzielle Unterstützung. Ihre Proteste in der Öffentlichkeit sind mindestens ebenso wichtig.

**Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt!**

▲ Fehlende Mitarbeit wird in der Schule mit "nicht genügend" beurteilt!

Aufgrund unserer Kontakte mit Bürgerinitiativen in anderen Bundesländern wissen wir, daß die politische Situation nirgends so schlimm ist wie in Tirol.

Wir empfehlen Ihnen daher, bei der nächsten Wahl nur nach gründlicher Überlegung Ihre Entscheidung zu treffen.

## Resolution zum Schutze des Klimas

Klimaxperten prognostizieren eine Erwärmung der Erdatmosphäre um 1,5 bis 4,5 Grad Celsius durch den Treibhauseffekt, was sehr ernste Konsequenzen auch für Österreich haben wird: Dürreschäden in der Landwirtschaft, geschädigte Wälder, Abschmelzen der Gletscher, Verschiebung der Vegetationszonen der Alpen, finanzielle Verluste für die Tourismusbranche, Rückgang der Stromproduktion aus Wasserkraft usw... Wissenschafter haben daher eine Resolution an die Bundesregierung verfaßt, rasch wirksame Maßnahmen zum Schutze des Weltklimas einzuleiten: Maßnahmen in der Energiepolitik, der Verkehrspolitik, Verbot aller FCKW und Maßnahmen zum Schutze des Regenwaldes. Bezüglich Flugverkehr wurden nebenstehende Forderungen gestellt:

### Aus dem Rechnungshofbericht (erschienen 1993)

Der Rechnungshof empfiehlt für alle Bundesländerflughäfen nachstehende Maßnahmen:

- Zusammenlegung von Treuhand- und Betriebsvermögen.
- Marktkonformere Pachtzinse. Derzeit 1000 Schilling Pacht pro Jahr und pro Flughafen, somit für fünf Bundesländerflughäfen mit rund 8 Millionen Quadratmetern einen Anerkennungspreis von 5000 Schilling jährlich.
- Die Kosten der Flugsicherung, welche der Bund über das Bundesamt für Zivilluftfahrt getragen hat, sollen zur Gänze den Flughafenenützern verrechnet werden. (1992 kostete das Bundesamt für Zivilluftfahrt den Steuerzahler 360 Millionen.)

Der bisherigen Entwicklung - unkoordinierter Ausbau der fünf Bundesländerflughäfen ohne entsprechende Auslastung - wäre Einhalt zu gebieten. Der Rechnungshof erachtet sechs sehr gut ausgebaute internationale Flughäfen (5 Bundesländerflughäfen plus Wien) mit zum Teil kurzen Entfernungen voneinander als zu zahlreich und zu teuer. Eine Ausbauselektion wäre nötig.

Bezüglich der Flughafenbetriebsgesellschaft Innsbruck stellt der Rechnungshof u. a. fest:

- Unter Einbeziehung der Betriebsgesellschaft, des Treuhandvermögens (zu Restbuchwerten) und der Bundesgrundstücke waren 1990 auf dem Flughafen Innsbruck 877 Millionen Schilling gebunden. Davon trugen die Gesellschaft der Bund, Land und Stadt 805 Millionen in einem Verhältnis 92 zu 4 zu 4.
- Das von der Flughafengesellschaft betriebene Kleinflugzeug für Rundflug- und Taxibetrieb wäre nicht aus Subventionen der öffentlichen Hand zu finanzieren gewesen.
- Fehlende Investitionsplanung. Für 1991 bis 1995 sah der Flughafen zuletzt Investitionen von 211 Millionen Schilling vor. 70 Millionen sollten aus dem Cash-Flow, 40 Millionen von den Gesellschaftern Bund, Land und Stadt und 53 Millionen durch Fremdmittel finanziert werden. 48 Millionen blieben unbedeckt. Erwartete Gewinne zwischen 1991 bis 1995: 45,3 Millionen.

Die Stadtgemeinde Innsbruck hat von einer Stellungnahme zum Rechnungshofbericht Abstand genommen.

## Bozner Flughafen: Nein zum Ausbau

T. T. 1.9.1993

Seit Jahren wehrt sich die Bevölkerung von Bozen massiv gegen den Ausbau ihres Flughafens. Auch die Bewohner der umliegenden Gemeinden bis Salurn (Anflugschneise) samt ihren Gemeindevertretern wehren sich - bisher mit Erfolg, weil dort den Bürgern ein höherer Stellenwert eingeräumt wird.

Wo sind denn bei uns die Gemeindevertreter / Volksvertreter der umliegenden Gemeinden? Wo?

Vermeidung von Flugverkehr  
Flugzeuge emittieren Stickoxide und Wasserdampf in großen Höhen mit langer Verweildauer. Diese Substanzen zerstören die Ozonschicht und verstärken den Treibhauseffekt. Zudem weist der Flugverkehr hohen Energieverbrauch auf, insbesondere bei Kurzstreckenflügen: Das Verhältnis des Energieverbrauchs pro Transporteinheit von Bahn zu 40 Tonnen-LKW zu Flugzeug beträgt 1 zu 5 zu 25

Die Einhebung von erhöhten Lande- und Startgebühren auf österreichischen Flughäfen sowie eine Initiative der Bundesregierung zur Abschaffung der Steuerbefreiung für Flugzeugtreibstoffe würde bestehende Begünstigungen abbauen und einen ersten Schritt in Richtung Klimaschutz darstellen. April 1993